Ä-K15-534 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Anna Sophie Emmendörffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 54 einfügen:
Viele Migrant*innen warten noch viel zu lange auf Entscheidungen durch Behörden, dürfen nicht arbeiten und verharren jahrelang in Ungewissheit. Wir wollen darum für schnellere Prozesse in Asyl- und Einwanderungsverfahren sorgen. Dafür brauchen wir mehr qualifiziertes Personal in Ausländerbehörden. Analog zu den „Verfahrenshinweisen zum Aufenthalt in Berlin“ der Berliner Verwaltung wollen wir auch in Brandenburg einen festen Rahmen für aufenthaltsrechtliche Ermessensentscheidungen schaffen. Die Hinweise sollen u. a. sicherstellen, dass sich Menschen mit allen Aufenthaltsstatussen, auch vorläufigen und temporären, frei bewegen und reisen können. Damit entlasten wir die Landkreise und kreisfreien Städte und bringen Transparenz in die Entscheidungen.

Begründung

Durch lange Wartezeiten auf die Ausstellung offizielle Aufenthaltstitel und Dokumente und eine intransparente Entscheidungskultur bzgl. der Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen, dürfen Menschen teilweise monatelang nicht reisen.